

**Medienmitteilung vom 26. August 2010**

## **Bürgerlicher Steuersenkungsfundamentalismus treibt Bern in Ru- in**

**Die Grünen nehmen den Voranschlag 2011 / Aufgaben- und Finanzplan 2012–2014 mit Sorge zur Kenntnis. Der Regierungsrat agiert mit grossem finanzpolitischem Verantwortungsbewusstsein, während die grassierende Steuersenkungspolitik den Kanton Bern aufs finanz- und standortpolitische Abstellgleis führt.**

Es zeugt von grossem finanzpolitischem Knowhow, dass es dem Regierungsrat gelungen ist, einen Voranschlag mit einer „schwarzen Null“ zu erarbeiten. Noch vor einem Jahr war für das Jahr 2011 eine Neuverschuldung von 282 Mio. vorgesehen. Die Grünen beglückwünschen den Regierungsrat zu dieser Leistung.

Der Preis für den ausgeglichenen Voranschlag ist jedoch ein hoher. Weil seit mittlerweile über zehn Jahren nur ungenügende Lohnmassnahmen realisiert werden können, verschlechtert sich die Konkurrenzfähigkeit des Arbeitgebers Kanton weiter; dies bedroht gute öffentliche Leistungen. Die Einführung einer Kostenbeteiligung bei der Spitem gefährdet die angestrebte Umlagerung vom stationären zum ambulanten Bereich – mittelfristig bildet das ein finanzpolitisches Risiko. Die erneute Senkung der Base Rate erhöht den Druck auf das Spitalpersonal massiv und stellt ein Risiko für eine gute Gesundheitsversorgung dar.

Die schlechte finanzpolitische Lage ist nicht allein durch exogene Faktoren bestimmt. So ist heute klarer denn je, dass die letzte Steuergesetzrevision finanzpolitisch unverantwortlich ist. Der von der SVP unterstützte Volksvorschlag zur Reduktion der Motorfahrzeugbesteuerung hätte eine zusätzliche Verschlechterung der Finanzlage um 95 Mio. Franken zur Folge. Die von Politikern aus allen bürgerlichen Parteien lancierte Initiative zur Abschaffung der Handänderungssteuer führte zu Ertragsausfällen von 115 Mio. Franken. Diese Zahlen zeigen: Der bürgerliche Steuersenkungsfundamentalismus führt Bern aufs Abstellgleis.

Die Grünen erwarten, dass sich die Regierung dieser Politik der leeren Kassen entgegenstemmt und eine nachhaltige Politik für den ganzen Kanton anstrebt (Richtlinienbericht).

### **Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, Grossrat, 079 263 47 68